

Dresdner Volkszeitung

Hauptsitz: Dresden, Aden & Comp. Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauskonto: Str. Kr. 1268.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kenndorf und Dresden-Altkath.

Seitens des Reiches: Bringerlohn in der Woche vom 8. bis 14. September 1923 1.000.000, — M., unter Fremdwand für Deutschland die Nummer 8.500.000, — M. Einzelnnummer 300.000, — M.

Schriftleitung: Postamtplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Postamtplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8 Spalten, Komparatzeile 400.000, — M., auswärts 480.000, — M., die 8 Spalten, Restzeile 1.000.000, — M., auswärts 2.000.000, — M., bei mehrmal. Ausgabe Ermäßig. Familienangeh. Straßen- u. Mietzeile 40 Proz. Rest. für Brieflieferber. 100.000 M.

Nr. 213

Dresden, Mittwoch den 12. September 1923

34. Jahrg.

Das Wertbeständigkeits-Problem

Im Vordergrund der Erörterung über die Sanierung der deutschen Wirtschaft steht heute das Problem der Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels. Und in der Tat; die starken Schwankungen unseres jetzigen Zahlungsmittels, der Papiermark, schaffen für unsere Wirtschaft so viele Hemmnisse und Störungen, daß eine Gesundung unserer Verhältnisse ausgeschlossen ist, wenn wir nicht wieder ein stabiles Zahlungsmittel bekommen. Vor dem Kriege hatten wir in Deutschland, wie in allen anderen großen Kulturstaaten Goldwährung. Es waren zwar nicht nur Goldmünzen im Umlauf, sondern auch sogenannte Scheidemünzen aus Kupfer, Nickel, Silber, ferner vom Reich herausgegebene Reichskassenscheine und Banknoten. Es war aber die Sicherheit gegeben, daß alle diese Umlaufmittel in Gold eingelöst werden konnten. Die Reichsbank insbesondere war verpflichtet, auf Verlangen ihre Noten jederzeit in Gold einzulösen. Damit die Zahlungsfähigkeit der Reichsbank und der übrigen Notenbanken jederzeit gesichert war, war einmal die Menge der Banknoten, die ungedeckt ausgegeben werden durfte, gesetzlich auf ein sogenanntes Kontingent beschränkt. Dieses Kontingent war für alle deutschen Notenbanken auf 818.771 Millionen festgesetzt, eine Summe, die sich an den Quartalsterminen um 500 Millionen erhöhte. Würde das Kontingent überschritten, so war an das Reich eine Straffsteuer von 5 Prozent zu bezahlen. Im übrigen mußten die Noten der Banken in bar gedeckt sein. Dabei wurden ihnen angedreht: kurzfristiges deutsches Geld, Gold in Barren oder ausländischen Münzen, Reichskassenscheine und Noten anderer deutscher Banken. Außerdem war bestimmt, daß mindestens immer ein Drittel aller ausgegebenen Banknoten in bar gedeckt sein mußte. Es war also in doppelter Weise dafür gesorgt, daß nicht zu viel Noten ausgegeben wurden. Bei Beginn des Krieges wurden die Bestimmungen über das Kontingent und die Dritteldeckung aufgehoben. Damit war der Übergang zur Papierwährung vollzogen.

Solange die Möglichkeit bestand, die Noten in Gold einzulösen, war auch für den Wert der Banknoten ihr Goldwert maßgebend. Nur weil diese Einlösungsmöglichkeit nicht bestand, war es möglich, daß der Wert unseres Geldes so stark herabstiegt. Die Aufhebung der Goldbindungspflicht bei Beginn des Krieges war schon deshalb freilich nötig, weil sonst die Gefahr bestanden hätte, daß alles Gold von der Reichsbank weggeholt worden und nach dem Ausland abgeführt wäre.

Groß ist heute die Zahl der Vorschläge, die für die Reform unserer Währung und die Schaffung eines neuen wertbeständigen Zahlungsmittels gemacht worden. Zunächst hat man daran gedacht,

ein wertbeständiges Zahlungsmittel auf Papiergeldgrundlage

zu schaffen, das heißt ein Zahlungsmittel, das in Papiermark eingelöst werden muß, aber nach dem jeweiligen Devisenstand, so daß bei fortwährender Geldentwertung für diese Zahlungsmittel eine größere Menge von Papiergeld zu erhalten wäre. Ob aber in der Praxis ein solches nur auf Papiergeld gestütztes Zahlungsmittel die von ihm erwarteten Dienste verrichten würde, ist sehr zweifelhaft. Jebermann würde versuchen, möglichst dieses wertbeständige Zahlungsmittel zu erhalten und das Papiergeld würde noch weniger gern genommen werden als jetzt und damit erst recht an Wert verlieren. Wenn aber schließlich das Papiergeld zurückgewiesen wird, ist auch das nur auf Papiergeld aufgebaute „wertbeständige Zahlungsmittel“ nichts mehr wert, und es könnte dann leicht dazu kommen, daß auch dieses Zahlungsmittel nicht mehr genommen würde. Von Hessefeld ist vorgeschlagen worden, ein wertbeständiges Zahlungsmittel

auf der Grundlage von wertbeständigen Hypotheken

auszugeben. Es soll eine neue Bank gegründet werden, der mit 5 Prozent verzinsliche Hypotheken und Schuldverschreibungen auf den deutschen Sachwertbesitz übergeben werden. Auf dieser Grundlage soll die Bank vierprozentige Rentenbriefe schaffen. Diese Rentenbriefe werden aber nicht in den Verkehr gebracht, sondern stattdessen die neuen Noten. Die Noten können jederzeit gegen die Rentenbriefe eingelöst werden. Die Rentenbriefe sollen selbstverständlich auch wertbeständig sein. Zinsen und Rückzahlung hätten entweder in dem neuen wertbeständigen Geld oder, wenn in Papiermark, nach dem Preis einer bestimmten Menge Roggen zu erfolgen.

Aber auch hier gilt zum Teil, was über die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels auf Papiergeldgrundlage gesagt worden ist. Die Flucht vor der Papiermark würde infolge der Schaffung des neuen Zahlungsmittels voraussichtlich noch größer, die Papiermark noch mehr entwertet werden. Da man aber möglicherweise für die Rentenbriefe, die zur Deckung der neuen Banknoten dienen sollen, die Zinsen nur in Papiermark ausbezahlt bekommen könnte, so könnte es auch hier dazu kommen, daß die Rentenbriefe und damit auch die Noten der neuen Bank nur ungerne genommen werden und im Verhältnis zu dem vollwertigen ausländischen Gold in ihrem Werte sinken. Dazu kommt, daß dann, wenn man die von Hessefeld vorgeschlagene Roggenrunderlage nimmt, der Wert des Zahlungsmittels von den Schwankungen des Preises einer einzelnen Ware abhängig würde. Werden aber etwa in großem Umfange die Noten der Bank gegen Rentenbriefe umgewechselt, so würde sich die Menge der im Verkehr befindlichen wertbeständigen Zahlungsmittel stark vermindern.

Achtlich dem Plane Hessefelds ist ein Vorschlag des Stinneschen Generaldirektors Winow, der die Schaffung neuer Noten auf Grund einer fünfprozentigen Vermögensabgabe empfiehlt. Er hofft, durch diese Vermögensabgabe, die durch eine Hypothekensicherung des besitzenden Grund- und Immobilienbesitzes aller Art statfinden soll, 10 Milliarden Mark aufzubringen. 7 Milliarden Mark sollen dem Reich übergeben werden, um für

ein Jahr lang das Staatsdefizit zu decken und das umlaufende Papiergeld aufzukaufen; 3 Milliarden Mark, die mit 17 Prozent verzinsbar seien, sollen in die Reichsbank eingelegt werden. Die Reichsbank soll dann die Pfandbriefe, die auf Grund der Belastung des deutschen Besitzes ausgegeben werden, zum Ankauf von Gold, Edelmetallen und Edelsteinen verwenden. Auf diese Weise soll für die neue Note

eine Golddeckung

geschaffen werden. Und darauf, daß eine Gold- und Devisendeckung für das neue wertbeständige Zahlungsmittel geschaffen wird, kommt es allerdings in erster Reihe an. Es ist zwar nicht nötig, daß wir wieder Goldmünzen in den inländischen Umlauf bringen, aber es muß möglich sein, jederzeit für den Verkehr mit dem Ausland für das wertbeständige Zahlungsmittel Gold oder Devisen zu erhalten. Denn nur dann wird das neue Zahlungsmittel auch im Ausland als vollwertig genommen werden und nur, wenn das neue Zahlungsmittel auch im Ausland wertbeständig bleibt, kann es im Inland seinen Wert behalten. Die Voraussetzung für die Schaffung eines solchen wertbeständigen Zahlungsmittels ist also ein größerer Devisenfond. Es gilt also jetzt durch die eingeleiteten Maßnahmen zur Devisenschaffung möglichst viel Devisen heranzubekommen. Außerdem mußte die Erfassung der Sachwerte schnellstmöglich durchgeführt und versucht werden, mit Hilfe der dann dem Reich zur Verfügung stehenden Werte den Vorrat an Gold und Devisen möglichst zu vergrößern. Es ist interessant, daß jetzt der Generaldirektor des Herrn Stinnes, der Herr Winow, einen Vorschlag macht, der auf die Erfassung von Sachwerten herauskommt, wenn auch der von ihm vorgeschlagene Satz von 5 Proz. durchaus ungenügend ist. Uebereinstimmung herrscht darüber, daß das neue Zahlungsmittel nur dann wertbeständig erhalten werden kann, wenn das Gleichgewicht im Reichshaushalt hergestellt wird und das Reich nicht etwa wieder die neuen Noten beliebig vermehrt, um seine Ausgaben zu bestreiten.

Aber merkwürdigerweise wird jetzt nur zu wenig beachtet, daß noch eine andre Vorbedingung da sein muß, wenn auf die Dauer die Wertbeständigkeit des neuen Zahlungsmittels erhalten bleiben soll.

Auf dem Devisenmarkt

darf auf die Dauer die Nachfrage das Angebot nicht übersteigen, sonst würden die zur Deckung der neuen Noten angekauften Goldmengen und Devisen allmählich von der Welt weggeholt werden und nach dem Auslande abfließen. Die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels dürfte viele jetzt verstoßene Devisen ans Tageslicht bringen und dadurch das Devisenangebot vergrößern, aber wenn die Zahlungsbilanz Deutschlands längere Zeit passiv bliebe, unsere Verpflichtungen gegenüber dem Ausland unsere Forderungen übersteigen, so müßte sich trotzdem bald ein Mangel an Devisen einstellen, der schließlich ein Abfließen der Deckungsmittel für die neuen Noten zur Folge hätte. Deswegen müßte dafür gesorgt werden, daß unsere Zahlungsbilanz aktiv bleibt. Da wir voraussichtlich über kurz oder lang

Die Vorverhandlungen

Nach den weiter unten folgenden Berliner Meldungen steht jetzt fest, daß das Kabinett Stresemann sofort nach seinem Amtsantritt den Boden für kommende Verhandlungen zur Lösung der Reparations- und Forderungfrage zu ebnen begonnen hat. Diese Arbeit wird nicht leicht werden sein, nachdem die Regierung zuvor alles verrammelt und verbaut hatte. Daß es mehrere Wochen dauerte, ehe die erste wirkliche Fühlungnahme erfolgte, ist freilich nur mit starken kritischen Vorbehalten hinzunehmen, doch kann man nicht hinter die Kulissen sehen und weiß nicht, was alles für Schwierigkeiten zu überwinden waren.

Diese Hemmnisse waren nicht nur außenpolitische und die unvorstellbar starke Abweisung durch Poincaré, sie waren vielmehr viel mehr innerpolitische, weil die Herrschaft der Finanz- und Wirtschaftsdiktatoren, besonders aber der Ruhrkriegsinteressenten, viel zu mächtig geworden war. Sichtlich gibt das Kabinett Stresemann bald einmal Unterstützung über dies Treiben. Gleichwohl, die erste, vielleicht wichtigste Aufgabe der Andähtung von mündlichen Verhandlungen ist zurückgelegt. Diese Tatsache wird wie folgt festgestellt:

Die ersten Besprechungen

Berlin, 12. September. (Eig. Draht.) Infolge der außenpolitischen Aktivität der Reichsregierung ist das Stadium der Fühlung überhand und es konnte inzwischen mit einer sachlichen Diskussion über die Möglichkeiten einer Verständigung begonnen werden. Von deutscher Seite waren an diesen Besprechungen der Reichsfinanzminister, der Reichsfinanz- und der Reichswirtschaftsminister beteiligt, während von französischer Seite, nicht im direkten Auftrag Poincarés, aber zweifellos auch nicht ohne sein Wissen, Mitglieder der französischen Botschaft in Berlin, darunter zeitweise auch der Botschafter selbst, den Beratungen beiwohnten. Zur Veranlassung der Besprechungen hat der Reichsfinanzminister die Regierung über die Möglichkeiten einer Verständigung wiederholt zum Ausdruck gebracht. Konkrete, bestimmte, akzeptable Formen haben die von der Regierung in Aussicht genommene Lösungsmöglichkeiten noch nicht angenommen. Sie sind festzuhalten ist. Am Donnerstagabend ist eine hervorragende französische Persönlichkeit nach Kenntnisnahme von diesen

wieder jährlich größere Reparationszahlungen leisten müssen, läßt sich dieses Resultat nur erreichen durch eine Steigerung der Ausfuhr und eine Beschränkung der Einfuhr, wie wir sie immer gefordert haben.

Am besten wäre es natürlich, wenn man möglichst bald unser Papiergeld durch das neue wertbeständige Zahlungsmittel vollkommen ersetzen könnte, aber die Voraussetzung hierfür wäre, daß man eben genügend wertbeständige Zahlungsmittel in den Verkehr bringen könnte und das ist wieder nur dann möglich, wenn ein genügend großer Devisen- und Goldschatz vorhanden wäre.

Wie die Regierung jetzt mitteilen läßt, wird vorläufig an eine vollkommene Beseitigung der Papiermark noch nicht gedacht, sondern das neue Goldzahlungsmittel soll neben der Papiermark zirkulieren, ebenso wie in Rußland der Fichtelwägen neben dem Papierrubel. Die Aufgabe einer energischen Wirtschafts- und Finanzpolitik wird es dann sein, dafür zu sorgen, daß wir recht bald die Papiermark völlig ausschalten und wieder wie in der Vorkriegszeit den Bedarf unserer Volkswirtschaft nach Umlaufmitteln vollkommen durch ein wertbeständiges Zahlungsmittel befriedigen können.

Die Papiermarkwährung bleibt bestehen

Berlin, 11. September. (Eig. Bericht.) Der Reichsfinanzminister wird am Mittwoch im währungspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates eine Erklärung über die Gründung der Goldbank abgeben. Diese Erklärung dürfte im wesentlichen Wert auf die Feststellung legen, daß neben der zu schaffenden Goldnote auch die Papiermarkwährung weiter bestehen bleibt und zu ihrer Stärkung die durch den Devisenkommissar zu beschaffenden Devisen benutzt werden sollen.

Anmeldezwang für Edelmetalle

Der Reichskommissar für Devisenbeschaffung hat inzwischen eine weitere Verordnung erlassen, die eine Anmeldung von Edelmetallen und deren Legierungen vorschreibt. Alle Eigentümer müssen diese Werte, die sich am 12. September, vormittags 8 Uhr, in ihrem eigenen und in fremdem Gewahrsam oder auf dem Transport befinden oder bei ihm unter Vollverschluß gehalten werden, anmelden. Der Anmeldepflicht unterliegen Silber, Gold und Platinmetalle und deren Legierungen in Form von Münzen sowie Rohmetalle in jeder Form, Halbfabrikate, wie Drähte, Bleche, Stangen, Röhren, und ferner Erze und Abfälle. Nicht anzumelden sind Gegenstände aus Gold und Silber.

Zahlung des Brotgetreides mit Goldanleihe

Um der Reichsgetreidestelle die baldige Beschaffung erheblicher Mengen von Brotgetreide aus dem Inlande zu sichern und den Landwirten die Möglichkeit zu geben, ihr Getreide in wertbeständige Zahlungsmittel einzutauschen, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen die Reichsgetreidestelle ermächtigt, Brotgetreide mit Goldanleihe zu zahlen. Damit ferner der Landwirt in der Lage ist, die von ihm nach dem Gesetz über die Besteuerung der Betriebe vom 11. August 1923 in Gold zu leistende Landabgabe gewissermaßen mit seinem Getreide zu bezahlen, sind die Finanzstellen gleichzeitig angewiesen worden, diese Goldanleihe zur Tilgung der Landabgabe als Zahlung in Gold im Sinne des genannten Gesetzes zum Kennort anzunehmen.

Stimmen nach Berlin abgereicht, um dort Bericht zu erstatten und Instruktionen einzuholen.

Eine Fülle von Pariser und Londoner Meldungen durchläuft Europa und deutet handtrocken an, daß die Fühlungnahme bereits zu einem direkten Angebot Stresemanns an Frankreich geendet sei. Nach den Berliner Meldungen ist dies jedoch, jedenfalls noch verfrüht. Aber natürlich muß der gesuchte Weg nun auch betreten werden und man muß fordern, daß das Reichskabinett recht bald zu direkten Verhandlungen übergeht. Hoffentlich wird Reichskanzler Stresemann in seiner für heute angekündigten Rede deutlicher.

Das französische Ministerium hat versucht natürlich, durch die Pariser Meldungen einen Druck auszuüben. Es instruierte die Journalisten, in alle Welt zu telegraphieren, daß der Botschafter de Monzie von Dr. Stresemann noch kein deutsches Angebot entgegengenommen habe, zumal als Vorbedingung für offizielle Verhandlungen die Einstellung des passiven Widerstandes und die Behebung des Pariser Postverkehrs als unerlässlich zu bezeichnen sei. Darüber wird man nicht erstaunt sein, aber die Frage des Widerstandes wird sich am Verhandlungstisch gar nicht klären lassen. Denn der offizielle Temps droht, die Verhandlungen würden scheitern, falls Stresemann auf allgemeinen Garantien bestünde, um das Ruhrland freizubekommen, so weiß man, daß dies hinsichtlich gemacht werden kann, wenn nur die deutsche Regierung wirkliche Garantien gibt, zur Erhaltung des Sachbesitzes über die ganze Wirtschaft endlich den Volkswirtschaften dienlich macht. Von besonderer Bedeutung ist jetzt, daß durch eine entschiedene deutsche Politik England gewonnen wird, auf daß dadurch ein harter Affront gegenüber Frankreich für uns gesichert werde. Denn selbstverständlich muß das Kabinett Stresemann die Reparationsfrage mit der Gesamtentscheidung nicht allein mit Frankreich. Wir haben nachdrücklich zu fordern, daß die Reichsregierung mit Umsicht und Klarheit auch die Entschlossenheit verbindet, um den bestmöglichen Weg der Verhandlungen bis zu erfolgreichem Ende zu gehen. Die innere Lage macht diese Forderung zu einem Gebot.